

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 90 (2010)
Heft: 982

Artikel: "Viele Staaten werden implodieren"
Autor: Scheu, René / Heinsohn, Gunnar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-168582>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Alle sprechen von der demographischen Herausforderung. Aber kaum jemand nimmt sie ernst. Der Soziologe Gunnar Heinsohn schon. Gespräch über das Ende des Sozialstaats, wie wir ihn kennen, über Bildungssillusionen und den Segen qualifizierter Zuwanderung.

«Viele Staaten werden implodieren»

René Scheu im Gespräch mit Gunnar Heinsohn

Herr Heinsohn, wir treffen uns in Zug. Sind Sie öfter in der Schweiz?

Gunnar Heinsohn: Meine Vortragsreisen führen mich immer wieder in das kleine Land mit den vielen Bergen. Diesmal war es die Hochschule Zentralschweiz, die mich einlud. Wir haben ökonomische Themen behandelt. Dabei ging es auch um die Finanzkrise...

...wenn man gegenwärtig über Ökonomie spricht, muss man auch über Demographie reden. Darüber wollten wir uns heute eigentlich unterhalten.

Wir türmen heute Staatsschulden auf, die einer vermeintlichen Abmilderung von Folgen der Finanzkrise dienen sollen. Dabei gehen wir davon aus, dass im Jahr 2030 oder 2040 noch genügend Steuerzahler da sind, die diese Schulden auch zurückzahlen können. Neusten Schätzungen zufolge wird der Raum von Deutschland bis Japan in West-Ost-Richtung unter Einschluss aller slawischen Nationen (aber ohne China) sowie von Estland bis Griechenland in Nord-Süd-Richtung von 480 Millionen Einwohnern auf 340 Millionen Einwohner im Jahr 2050 schrumpfen. Das sind 140 Millionen Menschen weniger, und dies, während gleichzeitig das Durchschnittsalter von 40 auf 50 Jahre ansteigt. Diese schrumpfvorgreisende Bevölkerung soll unsere Staatsschulden einmal bedienen – in diesem Befund liegt ungeheurer politischer Sprengstoff!

Wo brennt es denn genau?

Keines der europäischen Länder, von denen wir sichere Daten haben, kann sich aus eigener Kraft demographisch retten. Die Lösung des Problems kann einzig in kontrollierter Einwanderung liegen, doch gibt es für diese Einwanderung

derzeit nicht genügend qualifizierte Interessenten. Es können nicht alle der 70 Nationen überleben, in denen weniger als 2 Kinder pro Frau geboren werden. Das schaffen, wenn es gut kommt, vielleicht 20. 50 müssen also implodieren.

Mit Verlaub, das klingt nach demographischer Endzeitstimmung. Nein, überhaupt nicht. Wir können ja im kleinen bereits beobachten, was uns im grossen bevorsteht. Schauen Sie sich die Konkurrenz zwischen Kleinstädten in Mecklenburg oder Brandenburg an. Dort werden in vier von fünf Kleinstädten die sehr teuren Infrastruktureinrichtungen geschlossen, weil die Steuermittel hierfür schlicht nicht mehr eingetrieben werden können: die Feuerwehr, die Post, das Krankenhaus, der Kindergarten. In einer fünften Kleinstadt dürfen diese Einrichtungen noch ein wenig leben, für vielleicht noch einmal zehn bis fünfzehn Jahre. Dann ist auch diese am Ende, denn mehr Babys gibt es dort auch nicht. Der Kampf darum, wer als fünfte Stadt oder als fünftes Dorf überlebt, wird global zwischen 70 Nationen ausgetragen. Es ist zweifelhaft, ob Deutschland dazugehört wird.

Noch vor zehn Jahren war die Rede von Bevölkerungsexplosion. Was ist daraus geworden?

Sie existiert andernorts. Indien wird zwischen 2010 und 2020 rund 120 Millionen neue Arbeitskräfte haben – das ist mehr, als Indien daheim absorbieren kann, weil diese Nachkommen aus einer Generation stammen, in der indische Frauen im Schnitt noch 3 bis 4 Kinder gebären. Solange Indien also zuviele Nachkommen produziert und wir zuwenige, ergibt sich ein interessantes demographisches Zukunftsmodell: Geber- und Nehmernationalen helfen einander, indem sie ihren Bedarf an Nachkommen abgleichen. Da aber auch Indien heute auf 2,6 Kinder pro Frau herunter ist, schliesst sich dieses Fenster in zwanzig Jahren.

Dann ist ja erst mal alles gut, das Demographieproblem westlicher Staaten gelöst.

Leider nicht. Diese vielleicht 50 Millionen, die etwa Indien bis 2020 abgeben kann, streben vornehmlich in Länder, die Englisch sprechen. Nehmen wir an, dass ein gutqualifizierter Inder ein Angebot aus Toronto und eines aus Hamburg vorliegen hat – beides interessante Städte. Wenn er sich entscheiden soll, stellt sich für ihn zunächst die Frage nach der Sprache – Toronto bietet ihm hier das ideale englischsprechende Arbeitsumfeld, das er von Indien her kennt. Dann kommt die zweite Überlegung: Wo kann er sich als zwanzig- bis dreissigjähriger Mensch noch eine Altersversicherung in der neuen Heimat aufbauen? Der Hamburger Bürgermeister ruft ihm zu: «Komm zu uns! Aber von 100 Verdienst behältst du nur 45 in der Tasche.» Auf die Frage nach dem «Warum?» antwortet der Bürgermeister: «Weil du ein sozialer Mensch bist! Du kannst hier für die Armen etwas leisten – und auch für die Greise!» Der Bewerber errötet, packt seine Koffer und zieht nach Toronto. Denn der dor-

tige Bürgermeister, der ihn genauso überlebensnotwendig braucht, sagt ihm: «Bei uns behältst du 75 von 100 in der Tasche – und kannst dir damit noch eine Rente aufbauen.»

Jetzt habe ich eine gute Nachricht, Herr Heinsohn: die Schweiz ist ziemlich international. Mit Englisch kommt man gut zu Rande. Und von den 100 Franken behält der Bewerber hier ebenfalls 75. Also kommt er hierher, und die Schweiz wird zum 5. Land!

Die Schweiz ist als eines der tüchtigsten Länder bei der innereuropäischen Kannibalisierung in einer ziemlich komfortablen Situation. Sie agiert ähnlich wie die kleinen Chinas in Taiwan, Hongkong oder Singapur. So wie sich diese drei gegenüber der Volksrepublik verhalten, so verfährt die Schweiz mit Deutschland: gleicher Sprach- und Kulturraum, bessere Verdienstmöglichkeiten, also kommen die Gutqualifizierten. China gibt jedes Jahr 600'000 Talente an die Kleinen ab. Während also einige hundert gut ausgebildete Chinesen aus der Welt ins Land zurückkehren und dort eine Firma gründen, gehen einige hunderttausend Talente einfach über die Grenze und sind andernorts produktiv. Schaut also die Schweiz auf die Welt, so täte sie gut daran, rechtzeitig Inder und Chinesen anzuziehen.

Taiwan und China, Schweiz und Deutschland. Sind die Probleme mit der Altersvorsorge letztlich nicht überall dieselben?
Nicht ganz. Die Deutschen hatten zu allem Schlamassel noch die Rentenlücke. Der frühere Minister Blüm sagte immer: «Die Renten sind sicher.» Die Chinesen haben nicht einmal unsichere Renten. Sie haben vor sich das Nichts. Die junge Generation wird das feststellen und sich auf die Suche nach besseren Lebensbedingungen machen. Indien und China sind damit die beiden potentiellen Hauptabwerberäume für europäische Staaten, die die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt haben. Dort ist viel zu gewinnen, wenn man rechtzeitig aktiv wird. In Deutschland werden bisher überhaupt keine Initiativen in diese Richtung unternommen, in der Schweiz sind immerhin erste Ansätze erkennbar.

Wissen Sie, wieviele Menschen in der Schweiz leben?
Ungefähr 7,8 Millionen.

Und wie viele Ausländer leben hier?
Ziemlich genau 22 Prozent.

Also sind wir doch demographietechnisch gut unterwegs.
Ja, aber auch nicht besser als München oder Stuttgart. Ausländer sind die Lösung für unsere geburtenschwachen Gesellschaften. Aber nur, wenn ich diejenigen finde, die ich brauche. Und es ist nur eine Lösung auf Zeit.

Wir haben in der Schweiz aufgrund der bilateralen Verträge die Personenfreizügigkeit gegenüber den EU-Staaten. Damit diskriminieren wir zugleich alle Nicht-EU-Bürger, indem wir

sie einer strikten Kontingentierung unterwerfen. Google in Zürich brauchte Anfang des Jahres Informatiker aus Indien, und es musste ein Sondergesetz geschaffen werden, da das Kontingent bereits erschöpft war. Wir haben hier viele Osteuropäer, Südeuropäer und Deutsche. Aber aus China und Indien dürfen nicht so viele kommen, wie wir eigentlich bräuchten.

Das ist zweifellos eine törichte Gesetzgebung. Doch fährt die Schweiz gut, wenn sie sich auf Osteuropa konzentriert. Von Estland im Norden bis Griechenland im Süden – diese Länder sind demographisch verloren. Und die Jugend dort sitzt das nicht bis zum Ende aus. Wenn die Schweiz leistungsorientierte Leute aus dem Osten aufnehmen kann, die der Perspektivenlosigkeit im eigenen Land entfliehen wollen, dann reicht das für eine ganze Zeit. In Bulgarien etwa steigt der Altersdurchschnitt in absehbarer Zeit von 36 auf 50, wobei das Land bereits heute an extremer Elitenabwanderung leidet. Diese EU-Länder können aus der eigenen Bevölkerung die Renten nicht bezahlen und werden daher neue Staatsschulden aufnehmen – was sie eigentlich nicht können dürften. Da Deutschland aber durch den initiierten Milliardenrettungsschirm für Griechenland ein Signal zur Rettung gegeben hat, ändert sich die Ausgangslage drastisch. Das war ein gefähr-

Jene Länder sind im Vorteil,
die die junge Elite der
Bankrottstaaten an Land ziehen.

licher Präzedenzfall. Die überschuldeten EU-Staaten haben einen starken Anreiz, ihre finanzielle Aussichtslosigkeit zu ignorieren – im Notfall kommt Hilfe aus Berlin via Brüssel.

Deutschland garantiert für Griechenland. Aber die Frage ist doch: Wer garantiert für Deutschland?

Der Blick in die Runde offenbart: da ist niemand. Kürzlich habe ich mit einem Rumänen gesprochen und ihn gefragt, ob er sich nicht Sorgen um seine Eltern mache, wenn er, auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen, sie in Rumänien zurücklasse. Er sagte: «Beruhige dich, wir sind doch in der EU. Das zahlen die Deutschen.» In den neusten EU-Staaten, die alle bloss 1,2 bis 1,3 Kinder pro Frau bekommen, während ihnen die Jungen weglaufen, erhofft man sich, dass Brüssel die Pension bezahlt. Man glaubt dort, es gäbe riesige Kisten mit Geld in Deutschland, aus denen man sich nur zu bedienen brauche. Aber irgendwann wird sich herumsprechen, dass die Deutschen gar nicht garantieren können. Folglich werden sich die deutschen Staatspapiere auch nicht mehr verkaufen, denn auf dem Papier steht zwar 10'000 Euro, doch ist es plötzlich nur noch 5'000 wert. Egal, wer die Rechnung begleichen muss: am Ende sind Länder im Vorteil, die die junge Elite der Bankrottstaaten vorher an Land gezogen haben.

Die Elite ist der Begriff der Stunde. In der Schweiz ist es fast schon ein Gemeinplatz zu sagen: Wir brauchen die guten Leute, zum Beispiel den gut ausgebildeten Inder. Er trägt dazu bei, den Wohlstand in der Schweiz zu mehren.

Sowie Sie einen Menschen haben, der dort Abitur gemacht oder studiert hat, können Sie sicher sein, dass seine geistigen Fähigkeiten über dem Durchschnitt liegen. Egal, woher er kommt. Wer aber bereits daheim ein Schulversager war, kann diese schwere Bürde beim Grenzüberschreiten nicht einfach abwerfen. In Deutschland und auch in der Schweiz geht die Debatte am wesentlichen Punkt vorbei. Man behauptet hier wie dort, es existiere ein Ausländer- bzw. Integrationsproblem. Falsch! Es geht vielmehr um Leute, die mit schlechter Ausbildung ins Land kommen und dann von Einheimischen gesagt bekommen, sie, also die Einheimischen, hätten ein Ausländerproblem. Diese Einladung nehmen die Ausländer gerne an – so können sie die Verantwortung an den Staat delegieren.

Deutschland ist Spitzenreiter in dieser Form der Selbstanklage. Aber Sie haben recht: auch in der Schweiz werden solche Erklärungsmuster als selbstverständlich betrachtet.

Bei uns können Sie lernen, wie man in der Schweiz in zehn Jahren denkt. Wir argumentieren so: «Wenn die Ausländer

nicht vermittelbar sind und nicht arbeiten, so ist das unsere Schuld, weil wir nicht freundlich genug sind oder nicht noch mehr Geld in ihre Qualifikation stecken. Also zahlen wir generös für diese Menschen. Jeder legal im Lande Lebende ohne Einkommen wird versorgt.» Hier lenkt eine menschenfreundliche Sprache vom Schulversagerproblem ab. Unsere Terminologie ist mithin eine Schummelterminologie, die viele Immigranten von vornherein ins soziale Abseits katapultiert.

Sie reden von den Hartz-4- oder Sozialhilfeempfängern?

Richtig. Deutschland hat in den Achtzigern und Neunzigern etwa 12 bis 14 Millionen Leute aufgenommen, von denen statistisch nur 5 von 100 tatsächlich für einen immer anspruchsvoller werdenden Arbeitsmarkt qualifiziert sind. Natürlich kamen auch die anderen 95 aus Ländern mit einem Schulsystem. Allerdings haben sie dort fast niemals die besten Abschlüsse erreicht. Wirklich auffällig wird dieses Problem aber erst, wenn diese Immigranten hier Kinder haben und an diese dann Bildung kaum weitergeben können. Deshalb entstehen geistige Ghettos, die sich alsbald in wirklichen urbanen Ghettos manifestieren.

Bei uns rufen Politiker von links bis rechts: «Bildung, Bildung, Bildung.» Sie suchen den Fehler ebenfalls im hiesigen System

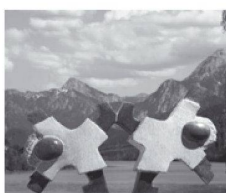


Ferienwohnungen mit Balkon
direkt am Weissensee im Allgäu,
nahe Schloss Neuschwanstein,
mit Schwimmbad, Sauna, Wellness,
Kinderclub, Frühstücksbuffet,
Restaurant, Tiefgarage.

Appartementhotel Seespitz
Pfrontener Str. 45
87629 Füssen-Weissensee
Telefon 08362/38899
Telefax 08362/38890
E-Mail info@seespitz.com
www.seespitz.com



**Ein aussergewöhnliches Appartementhotel,
grosszügig und komfortabel, ausgestattet
mit besonderen Kunst- und Designobjekten.**
Die Lage direkt am malerischen Weissensee
mit herrlicher Sicht auf die Berge ist einmalig.



– im Bildungssystem. Die Schule wird zur alles könnenden Problemlöserin hochstilisiert.

Eigentlich besteht die letzte Hoffnung der Deutschen darin, ein unglaublich schlechtes Bildungssystem zu haben. Denn das wäre eines, das man mit einfachen Mitteln auf Weltniveau heben könnte – und alle Probleme wären gelöst. Dass man aber in Deutschland bis in die 1970er Jahre hinein stolz war auf das beste Bildungssystem der Welt, macht es nicht sonderlich wahrscheinlich, dass es nun so tief abgestürzt ist. Die Hoffnung auf ein katastrophales Bildungssystem, das man mit leichten Retuschen an die Spitze zurückführen kann, teile ich freilich in keiner Weise. Auch die Berliner politische Führung weiss jetzt, dass sie Sechsjährige nicht mehr davor schützen kann, als Fünfzehnjährige ohne Ausbildungsreife von der Schule gehen zu müssen. 2009 trifft das jeden vierten Schüler. Deshalb sollen nun Kinder mit 18 Monaten aus den Familien geholt und in einer Krippe durch sehr teure, deutschmuttersprachliche Pädagogen auf ein hohes Niveau gehoben werden.

Wiederum der Staat. Er soll es richten, indem er die Kinder erzieht und die Erziehung auch gleich noch selber bezahlt.

Ich bin bereit zu beten, auf die Knie zu sinken und zum Herrn zu schreien, dass das klappen möge. Aber bei all dieser Inbrunst kann ich die empirischen Forschungsergebnisse nicht leugnen. Und die aussagekräftigste Krippenforschung, die wir zur Verfügung haben, kommt aus den Vereinigten Staaten. Über 15 Jahre lang wurde dort zum Thema geforscht, in der «NICHD Study of Early Child Care and Youth Development». Die Forscher unter der Leitung von Jay Belsky waren bekannte Verfechter kollektiver Früherziehung, die der Krippe intellektuelle Wunder zutrauten.

Das hat sich als falsch herausgestellt?

Der Optimismus ist verfliegen. Seit der Publikation der Resultate der Studie sagen sie etwa: «Freunde, wir müssen euch enttäuschen. Selbst mit den besten Krippen werden unsere Kinder zwar nicht viel, aber etwas aggressiver als die Nichtkrippenkinder – und damit schwerer schulbar.» Wenn ich um die Hilfslosigkeit der Superkrippe weiss und wenn ich darüber hinaus weiss, dass ein Kind bildungsferner Eltern den Staat bis zum achtzehnten Lebensjahr etwa 200'000 Euro kostet – nun, dann kann ich nicht sehr optimistisch sein, was die Zukunft Deutschlands angeht.

Wenn Sie das in Deutschland oder auch in der Schweiz so äussern, wird man Ihnen vorwerfen, Sie seien ein Unmensch. Sie reduzieren Menschen auf Zahlen.

Natürlich habe ich zahlreiche Gegner. Aber wo deren Tränen über das Schicksal der Kinder einen Becher füllen, bringen die meinen zwei zum Überlaufen. Bei der Traurigkeit über diese Zustände lasse ich mich von niemandem übertreffen. Aber gerade Deutschland muss sich nicht verstecken. Kein Land zahlt mehr für seine Immigranten als die

Bundesrepublik, und dennoch will damit niemand richtig prahlen.

Konkreter, bitte.

Unter den 40 Millionen deutschen Erwerbstätigen haben die 25 Millionen, die mehr in die Systeme einzahlen, als sie herausbekommen, die Nettosteuerzahler also, schon 2007 pro Kopf rund 40'000 Euro Schulden für die Versorgung der Migranten. Da geht es immerhin um 1'000 Milliarden Euro zusätzliche Staatsschulden. Da muss man doch sagen: «Bitte, Freunde, wann hätte Deutschland schon einmal jemanden beschützt und gerettet. Und nun haben wir uns hier mit diesen unglaublichen Summen verschuldet, um aus der Welt die Abgeschlagenen und Geschwächten aufzunehmen und ein Leben lang mit Kind und Kindeskind zu versorgen! Das ist 165mal so viel wie der jährliche Entwicklungshilfeetat von 6 Milliarden. Rechnen wir es ein in die Entwicklungshilfe und seien wir Vorbild! Ich verneige mich davor.» Aber auch die grössten Menschenfreunde, diejenigen, die mich als eine kalte Seele schelten, prahlen nicht mit diesen Umständen – und dafür tadle ich sie. Plötzlich werden sie stumm, statt zu verkünden: «Wählt uns, wir sorgen dafür, dass diese 40'000 Euro pro Leistungsträger bald 80'000 Euro werden.»

Kein Land zahlt mehr für
seine Immigranten als die
Bundesrepublik.

Der deutsche Sozialstaat hat ein Heer von Abhängigen geschaffen. Wer da noch regulär arbeitet, ist eigentlich blöd.

Deutschland hat mehr Nettoempfänger staatlicher Transferzahlungen als Nettozahler. Auch hier geht es wiederum um falsche Anreize des Systems. Wenn Hochqualifizierte nach Deutschland kommen und man ihnen sofort Sozialhilfe und staatliche Unterstützung anbietet, so verführt man sie dazu, diese Unterstützung auch in Anspruch zu nehmen. Man belastet das System weiter. Das Problem dabei ist: der Nächste, der kommt, sieht, dass das System vor die Hunde geht. Das spricht sich rum. Der Übernächste kommt schon nicht mehr. Ein Staat muss den jungen Leuten sagen können: «Du kommst hier rein, wenn du gut bist, wir brauchen dich – und du profitierst auch davon!» Wenn er nur sagen kann: «Komm herein, rette unsere Alten und ende selber in Altersarmut!», so sagt der begehrte Hochqualifizierte eben nicht: «Wie schön für mich, das mache ich!»

In der Schweiz wurde eine sogenannte Ausschaffungsinitiative lanciert, die vorsieht, Sozialhilfebetrüger härter zu bestrafen oder sogar des Landes zu verweisen.

Das wäre in Deutschland illegal. Seine Rechtslage ist in der Welt einzigartig. Der Staat ist nach den höchststrichterlichen Deutungen des Grundgesetzes, Artikel 20, verpflichtet, jede Person, die sich legal im Lande aufhält und keine ausreichende Qualifikation dazu hat, Geld zu verdienen, oder die aus anderen Gründen keines verdienen kann, sein Leben lang menschenwürdig zu bezahlen. Und wenn dieser jemand Kinder hat, gilt dasselbe auch für sie. In anderen Ländern gibt es Einschränkungen. Nehmen wir zum Beispiel die Niederlande. Dort gilt ein Maximum von 3'000 Euro im Monat pro Sozialhilfefamilie. Wenn diese Familie ein neues Kind bekommt, gibt es für dieses keine Extraprämie und keinen Unterhalt. Diese Lösung entzieht Anreize für weiteren Nachwuchs, für den die Mitbürger zahlen müssen. Die neue englische Regierung kopiert nun das System. In Deutschland aber ist das Recht auf Hilfgelder immer an den einzelnen gebunden.

Bill Clinton hat in den USA der 1990er Jahre ähnliche Massnahmen ergriffen. Er hat den Bezug von Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzt.

Der amerikanische Weg verletzt nicht das Gleichheitsprinzip, ist aber zeitlich befristet. Auch das wäre kriminell in Deutschland, denn menschenwürdige Versorgung impliziert, dass sie lebenslang gegeben wird. Das deutsche System führt, ohne dass man es geplant hätte, zu einer hochselektiven Fortpflanzungspolitik: allein wer ohne Qualifikation ist, kein Geld verdient und nie Steuern zahlen kann, wird von der Regierung nebst beliebig vielen Kindern zu 100 Prozent versorgt. Dagegen müssen die anderen für ihre Vermehrung selber zahlen oder eben kinderlos bleiben. Diese Politik zeitigt ein Ergebnis, das vorhersehbar war. Zwischen 1964 und heute ist die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Kinder unter 15 Jahren in Deutschland um 1'500 Prozent gestiegen, von 130'000 auf 2 Millionen. Das ist Weltrekord.

Clinton war ein pragmatischer Sozialdemokrat, der es geschafft hat, das gesellschaftliche Bewusstsein für tatsächliche Probleme zu schärfen und Reformen einzuleiten. Wo sind die sogenannten Bürgerlichen, die ähnliche Initiativen lancieren?

Die Reformen der Sozialsysteme, die in Deutschland überhaupt angegangen wurden, wurden ebenfalls von den Sozialdemokraten aufgegleist. Gerhard Schröder war da ziemlich offensiv. Er hat den Arbeitslosen gesagt: «Wenn ihr arbeitslos werdet, und es wird euch eine Arbeit angeboten, die unter eurem Qualifikations- oder dem Lohnniveau der alten Arbeit liegt, so müsst ihr sie annehmen.» Agenda 2010 hat er das genannt.

Die Reform war angesichts der vorherrschenden Meinung ein revolutionärer Akt. Die Arbeitslosenzahlen gingen zurück.

Die Reformen gingen zweifellos in die richtige Richtung. Doch ist bei den Ergebnissen Vorsicht geboten. Die Reformen haben die Arbeitslosenzahl nicht, wie behauptet,

um zwei Millionen reduziert, sondern bloss um eine. Die andere Million der offiziellen Zahlen erklärt sich durch Geburtenrückgang und Auswanderung. Kaum begannen die Massnahmen zu greifen, sind Schröder und seine Leute, wie Wolfgang Clement, als «unsozial» abgestraft worden. Zum Teil sind die Politiker jener Zeit nun raus aus der Partei oder entmachtet.

Wenn Deutschland sich retten will, muss es also falsche Anreize beseitigen. Als Schweizer, der historisch nicht vorbelastet ist, behaupte ich: Das wird kaum passieren, weil die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts die Deutschen auch im 21. Jahrhundert noch hemmt.

Jeder, der sich kritisch zu unqualifizierter Zuwanderung und den geplanten Wunderkrippen äussert, begibt sich in Gefahr. Die Palette reicht vom Ausländerfeindlichkeits- bis zum Nazivorwurf. Wenn man daraufhin nicht schuld bewusst schweigt, gibt es eine Anzeige, und wenn man sich immer noch nicht einsichtig zeigt, findet sich irgendwann wohl auch der Erste Staatsanwalt, der den Redner strafrechtlich belangt. Diese Situation wird sich auch auf absehbare Zeit nicht ändern, weil die Jagd auf Kritiker identisch ist mit der Jagd nach Wählerstimmen. Auch klarsichtige Politiker können davon kaum abrücken; denn mit insgesamt 15 Millionen Leuten, die zwar arbeiten, aber netto keine Steuern bezahlen, und den knapp 7 Millionen, die von Hartz-4 leben, ergibt sich ein Potential, das bei jeder Wahl über den Sieg entscheidet.

Sie klingen so, als hätten Sie die Hoffnung auf ein zukunftsträchtiges Deutschland verloren.

Deutschland kann sich demographisch nicht mehr selber retten. Und Hilfe von aussen kommt nur, wenn Deutschland vorher seinen Sozialstaat auf die Hälfte herunterfährt. Eine Frau bekommt 1,4 statt der nötigen 2,1 Kinder, in Deutschland und in der Schweiz. Statistisch sind wir also bei 65 von 100 benötigten Prozent Nachwuchs. Zieht man nun von dieser schon jetzt dramatischen Zahl diejenigen ab, die geboren, aber nicht arbeitsmarktauglich werden, also rund ein Viertel, und dann noch die, die das Land verlassen, bleiben etwa 40 von den potentiell 100 übrig. Diese 40 zittern, wenn sie an ihre zukünftigen Belastungen denken. Sie gehören damit zum Rekrutierungspotential der Schweiz.

Statistisches Material zur Bevölkerung in der Schweiz unter http://www.bfm.admin.ch/content/bfm/de/home/dokumentation/zahlen_und_fakten/auslaenderstatistik.html

GUNNAR HEINSOHN, geboren 1943, ist emeritierter Professor für Soziologie der Universität Bremen. Er ist Autor u.a. von «Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen» (2006), «Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft» (1996; mit O. Steiger) und «Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit» (1979; mit R. Knieper und O. Steiger).